

Mitteilungen der CDU - Kreistagsfraktion 9/2012 17. November 2012



69181 Leimen
Grauenbrunnenweg 15

Telefon (06224) 73243
FAX (06224) 921639
E-Mail: B.Sauerzapf@t-online.de
Internet: CDU-RNK.de



CDU Kreistags-
fraktion Rhein-Neckar

Sehr geehrte Damen und Herren,

die CDU - Kreistagsfraktion berichtet die in unregelmäßigen Abständen über den Rhein-Neckar-Kreis und die Aktivitäten der Kreistagsfraktion. Wir hoffen, dass Sie damit die Arbeit der Kreistagsfraktion besser kennenlernen. Wenn Sie den QR-Code oben rechts scannen, kommen Sie direkt auf die **Homepage** der CDU - Kreistagsfraktion (www.CDU-RNK.de). Auch im **facebook** (*CDU-Kreistagsfraktion Rhein-Neckar*) sind wir vertreten.

In der heutigen Ausgabe stellen wir Ihnen, u.a. ein Beitrag zur Situation der CDU in Baden-Württemberg, berichten über die Antwort der Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten Wacker und Klein und geben eine Vorschau auf die Sitzung des Sozialausschusses.

Sollte jemand aus Ihrem Bekanntenkreis Interesse an diese Mitteilungen haben, würden wir uns sehr freuen. Teilen Sie uns bitte die Email-Adresse mit. Außerdem würden wir uns über Ihre Rückmeldungen freuen, ob Ihnen der neue Service zusagt. Die früheren Mitteilungen der Fraktion können bei folgender Email-Adresse angefordert werden: b.sauerzapf@t-online.de.

Mit den besten Grüßen

Bruno Sauerzapf, Fraktionsvorsitzender

Fragen und Antworten zur Übernahme des Kreiskrankenhauses Bergstraße in Heppenheim (Hessen) durch das Universitätsklinikum Heidelberg

Antrag der beiden CDU-Landtagsabgeordneten Karl Klein und Georg Wacker

Gemeinsam mit weiteren Mitgliedern ihrer Fraktion hatten die beiden **CDU-Landtagsabgeordneten Karl Klein (Wahlkreis Wiesloch) und Georg Wacker (Wahlkreis Weinheim)** am 19. Oktober 2012 bezüglich der Übernahme des Kreiskrankenhauses Bergstraße in Heppenheim (Hessen) durch das Universitätsklinikum Heidelberg im Rahmen eines Antrags verschiedene Fragen an die grün-rote Landesregierung gestellt.

Begründung von Klein und Wacker: „Der Kreistag des Kreises Bergstraße hat am 1. Oktober 2012 zugestimmt, dass das Universitätsklinikum Heidelberg zum 1. November 2012 das Kreiskrankenhaus Bergstraße in Heppenheim übernimmt. Dieser Antrag soll unter anderem klären, inwieweit die baden-württembergische Landesregierung hier eingebunden war und wie sie die Chancen, Risiken und Auswirkungen dieser Übernahme, auch im Hinblick auf die wirtschaftlichen Konsequenzen der umliegenden Krankenhäuser, einschätzt.“

Die Antwort der grün-roten Landesregierung liegt nun vor, das zuständige Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg führt unter anderem dabei aus, dass die Landesregierung nicht in das Bieterverfahren des Universitätsklinikums Heidelberg zur Übernahme der Gesellschaftsanteile des Kreiskrankenhauses Bergstraße Heppenheim GmbH eingebunden, aber bei den entsprechenden Beschlüssen im Aufsichtsrat des Universitätsklinikums Heidelberg involviert war.

Die Übernahme des Kreiskrankenhauses Bergstraße durch das Universitätsklinikum Heidelberg beurteilt die Landesregierung positiv, insbesondere im Hinblick auf die Sicherstellung der medizinischen Versorgung der Bevölkerung im gesamten Rhein-Neckar-Raum: „Durch die Übernahme verfügt das Universitätsklinikum Heidelberg beispielsweise über die Konzerntochter Heppenheim über 16 Isolationsbetten, die im Rahmen des Gesundheitsforschungszentrums Infektiologie am Universitätsklinikum Heidelberg sehr gut genutzt werden können und zugleich die Ressourcen am Universitätsklinikum entlasten.“

Die Frage von Klein und Wacker, welche Chancen und Risiken in der Übernahme bestünden, beantwortet das Wissenschaftsministerium wie folgt: „Durch die Übernahme der Gesellschaftsanteile bietet sich für das Universitätsklinikum Heidelberg die Chance, seinen Patientenanteil aus dieser Regi-

on nicht nur zu erhalten, sondern sogar zu erhöhen. Aufgrund der allgemein möglichen negativen Entwicklungen am Gesundheitsmarkt besteht das Risiko, dass geplante Leistungszahlen gegebenenfalls nicht erreicht werden können. Allerdings wurde im Rahmen des Bieterverfahrens durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mit Erfahrung am Krankenhausmarkt ein Bewertungsverfahren (Due Diligence) für die Krankenhaus GmbH mit Prognoseberechnungen für die Leistungsentwicklungen am Krankenhaus Heppenheim durchgeführt. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft kam zu dem Ergebnis, dass von einer positiven Leistungsentwicklung auszugehen sei. Das Universitätsklinikum Heidelberg hat diese Leistungsentwicklung im Rahmen seiner Bewertung noch vorsichtiger kalkuliert, sodass davon auszugehen ist, dass die geplanten Leistungssteigerungen über die wirtschaftliche Steuerung des Universitätsklinikums erreicht werden.“

Hinsichtlich der Finanzierung erläutert das Wissenschaftsministerium: „Der Kaufpreis für 90 % GmbH-Anteile beträgt 1 €. 10 % der Anteile werden weiterhin vom Landkreis Bergstraße gehalten. Weiter leistet das Universitätsklinikum Heidelberg aus Eigenmitteln des Wirtschaftsplans eine Gesellschaftereinlage von 3 Mio. € zur Liquiditätssicherung. Eine Einlage in gleicher Höhe wird durch den Kreis Bergstraße eingebracht.“

Besonders am Herzen lagen Klein und Wacker die Auswirkungen der Übernahme auf die Krankenhausversorgung in der Region und insbesondere auf die nahegelegene Klinik Weinheim des Gesundheitszentrums Rhein-Neckar. Hierzu erklärt das Wissenschaftsministerium: „Nach Ansicht der Landesregierung wird die Übernahme zur Stärkung der medizinischen Maximalversorgung in der gesamten Region beitragen. Gleichzeitig dient die Übernahme dem Erhalt eines Kreiskrankenhauses. Mit der nahe gelegenen Klinik Weinheim pflegt das Universitätsklinikum Heidelberg eine Kooperation mit positiven Effekten für beide Seiten. An der Zusammenarbeit wird sich durch die Übernahme nichts ändern. Im Gegenteil ist sogar zu erwarten, dass die Klinik Weinheim durch die eigenen Schwerpunkte Gynäkologie und Bestrahlung und die Kooperation mit dem Universitätsklinikum Heidelberg sogar von einem höheren Patientenzustrom in die Region profitieren wird.“

Rüdiger Burger, der als Geschäftsführer der GRN Gesundheitszentren Rhein-Neckar gGmbH tätig und somit auch für die Weinheimer Klinik verantwortlich ist, bestätigt in einer Stellungnahme „die seit Jahren bestehende enge Kooperation mit dem Universitätsklinikum Heidelberg“ und die Abstimmung medizinischer Konzepte, macht aber zugleich deutlich: „Wir werden diese Entwicklung und die Patientenströme sehr aufmerksam verfolgen.“

Auch **Bruno Sauerzapf, der Vorsitzende der CDU im Kreistag des Rhein-Neckar-Kreises**, hatte großes Interesse an der Beantwortung der gestellten Fragen durch die grün-rote Landesregierung: "Dieser Antrag war notwendig, zum einen zur Klärung des Sachverhalts, zum anderen zur Sensibilisierung für dieses wichtige Thema. Letzte Zweifel sind nicht ausgeräumt. Es wird sich zeigen, wie sich dies mittel- und langfristig weiter entwickelt." (Busse)

Wolfgang Sohler, Leimen, hat sich zu dem in der letzten Mitteilung veröffentlichten Bericht des Südkuriers zur Situation der CDU mit einem sehr informativen Beitrag geäußert.

Potenziale nutzen – Zukunft sichern

Die Studie zur Situation der CDU in Baden – Württemberg gibt mir Anlass *meine persönliche Meinung dazu zu äußern.* (Südkurier vom 6. November 2012)

Das Fazit aus diesem Desaster ist, dass die CDU seine Wähler nicht erst – nicht mitgenommen hat und vieles nur in den eigenen Reihen entschieden hat.

Was der Parteichef Herr Thomas Strobl angestoßen hat, ist mehr als dringlich für die CDU in B/W sich neu zu positionieren (Neuausrichtung, Dialog, Zielorientiert).

Die CDU war immer eine Partei der „breiten“ Mitte, die sie leider verloren hat.

Alle im Artikel des Südkuriers genannten Punkte, sind unterschiedliche Ansichten und Meinungen, die mit Sicherheit richtig sind, die aber strukturiert und gebündelt werden müssen.

Alle diese in der „Anmerkung“ genannten Punkte sind richtige Überschriften, die alle bis in das letzte Detail durchgesprochen und dem Zeitgeist angepasst werden müssen.

Es müssen schnellstens Arbeitsgruppen – Dialogprozesse – gebildet werden, die aber frei von Ideologien diskutiert- und dem neuen Zeitgeist gerecht werden.

Nach vielen Diskussionen innerhalb von Arbeitsgruppen ergibt es dann eine neue Plattform, Parteiprogrammatik. Diese Parteiprogrammatik bildet dann den Leitfaden/Leitbild. Dieses neue Leitbild muss aber jährlich auf Zeitgeist/Aktualität überprüft werden. Alle „modernen Medien“ sind einzusetzen um alle Zielgruppen bedienen zu können,

Schnelligkeit, Aktualität und Qualität sind wichtige Ziele.

Die Parteien sind „DIENSTLEISTER“ zum Bürger, nicht nur Unternehmen.

Das hat die CDU in B/W nicht so verstanden, sondern war im Rausch des „SELBSTZWECKS“ unterwegs.

MONOLOG statt DIALOG.

Alle Parteien sind Dienstleister zum Bürger, beginnend von den Kommunen bis zum Land.

Die Kommunen und das Land müssen sich ebenfalls der neuen Situation anpassen wie auch die Unternehmen. (Auch hier gilt das Zitat: Gehst du nicht mit der Zeit, dann gehst du mit der Zeit). Diese schmerzliche Erfahrung musste die CDU in B/W machen.

Daten, Fakten Hintergründe und Informationen sind das neue Gold für Unternehmen und Parteien, sie müssen nur richtig interpretiert und gebündelt werden. Je mehr Informationen Sie über ihre Kunden/Bürger haben und je genauer Sie diese Daten analysieren, desto besser und persönlicher können die Unternehmen/Parteien diese Kunden/Bürger ansprechen und so die Kundenbindung/Bürgerbindung erhöhen und den Umsatz/Zufriedenheit der Kunden/Bürger verbessern. (Das ist Kernerarbeit)

Dieser Paradigmenwechsel ist für die Politik der CDU in B/W überlebenswichtig. Das habe ich persönlich versucht in der Stadt Leimen, über die Bürgerbefragung im Jahr 2008, als neues Instrument einzusetzen, leider nur das eine Mal.

DAS ENGAGEMENT

Wir sind nicht nur verantwortlich für das, was wir tun, sondern auch für das, was wir nicht tun. (Ob das Zitat nun von Voltaire oder von Moliere stammt, ist offenbar nicht gewiss). Gewiss jedoch ist, dass diese Maxime deutlich macht, wie wichtig es ist, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen – und zwar aus der gesellschaftlichen Verpflichtung.

Sei es auf sozialem, politischem, ökologischem oder wirtschaftlichem Gebiet.

Sei es vor der eigenen Haustür, einem Unternehmen oder auf globaler Ebene.

Wir sollten Verantwortung übernehmen.

Wenn nicht wir, wer denn sonst?

IM DIALOG ZUM ERFOLG

Vertrauensvolle offene Gespräche sind das A und O der Grundsatzgespräche. Nur so können Erfahrungen und Erkenntnisse weitergegeben, Unsicherheiten thematisiert und Fragen beantwortet werden. Mentoring bedeutet, jemanden anderen, den Vertrauten, in seine absolute intimste Geschäftsbeziehung (Parteienarbeit) auch in den Fehlentwicklungen und Fehlentscheidungen, hineinblicken zu lassen.

Nur wer sich wirklich öffnet, (Verkrustung der Partei) kann die Unterstützung, die ein gutes Gespräch bietet, in vollem Umfang wahrnehmen.

Damit ein fruchtbarer Austausch gelingt, sind die Grundregeln guter Kommunikation zu befolgen:

- fair und respektvoll miteinander umgehen

- die ganz alltägliche Höflichkeit nicht vergessen
- dem Gegenüber ohne Vorurteile und offen zuhören
- keine vorgefertigte Ratschläge oder Antworten anbieten
- unangenehme Wahrheiten auf kultivierte Art überbringen (das tut weniger weh)
- offen und ehrlich miteinander umgehen
- Dialog nicht Monolog ist oberstes Gebot, zuhören können

Wirksame Kommunikation hat viel mit Glaubwürdigkeit zu tun – wenn sie gut ist, versucht sie, präzise und empfängerorientiert zu sein. Keine Angst also vor genaueren Formulierungen. Grundvoraussetzungen sind realistische Erwartungen, gegenseitige Achtung und ein Klima der Ermutigung.

„Die Chemie muss untereinander stimmen“

Zwischen den Partnern, wenn der Dialog gelingen soll. (Sender und Empfänger)

Man dürfte auch nicht dahin kommen, dass nur die Lautesten gehört werden.

Das wäre falsch, ungerecht und würde der Grundidee der freien, konstruktiven Dialoge widersprechen.

Mit nichts stärken sich Parteien mehr als mit modern ausgebildetem Nachwuchs.

Wir brauchen breites Wissen und Eigenverantwortlichkeit, lebendiges Interesse am Neuen und auch die Ermutigung, Innovationen zu treiben.

Bei Allem steht immer der Mensch und Bürger im Mittelpunkt.

Kreisausschuss für Soziales tagt am Dienstag, 20. November im Heidelberger Landratsamt

Vielfalt der sozialen Themen auf der Tagesordnung

Die gesamte Vielfalt der sozialen Themen steht auf der Tagesordnung der Sitzung des Ausschusses für Soziales am kommenden Dienstag, 20. November 2012. Die öffentliche Sitzung, zu der Landrat Stefan Dallinger die Bevölkerung herzlich einlädt, beginnt um 14 Uhr im Großen Sitzungssaal des Heidelberger Landratsamts, Kurfürsten-Anlage 38 bis 40. Neben dem Bericht des Beauftragten für Menschen mit Behinderung, der Förderung des Übergangs von wesentlich behinderten Menschen auf den allgemeinen Arbeitsmarkt und der Umsetzung des Landes-

programms „Gute und sichere Arbeit“ befassen sich die Kreisrätinnen und Kreisräte mit der befristeten Finanzierung der Schulsozialarbeit und den Änderungen in den Leistungen der Pflegeversicherung durch das Pflege-Neuausrichtungsgesetz ab dem 1. Januar 2012. Als weitere Themen stehen die finanzielle Entlastung bei der Übernahme der Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung durch den Bund und der Stand der Zeilerreichung 2012 beim Sozialgesetzbuch (SGB) II auf der Tagesordnung.

Um für wesentlich behinderte Menschen im Rhein-Neckar-Kreis optimale Ausgangsbedingungen für einen Übergang auf den allgemeinen Arbeitsmarkt zu schaffen und dem strategischen Ziel des Rhein-Neckar-Kreises, den Übergang behinderter Menschen auf den allgemeinen Arbeitsmarkt zu fördern, Rechnung zu tragen, hat die Verwaltung am 30. August mit dem Kommunalverband für Jugend und Soziales (KVJS) die „Verwaltungsvereinbarung zur gemeinsamen Förderung der Teilhabe am Arbeitsleben von wesentlich behinderten Menschen am allgemeinen Arbeitsmarkt“ abgeschlossen. Ziel der Vereinbarung ist es, gemeinsam die Teilhabe wesentlich behinderter Menschen am Arbeitsleben des allgemeinen Arbeitsmarktes durch die Verknüpfung des Förderprogramms „Arbeit Inklusiv“ des KVJS-Integrationsamtes mit (freiwilligen) Leistungen des Trägers der Eingliederungshilfe finanziell zu unterstützen. Mit der gemeinsamen Förderung sollen dauerhafte und nachhaltige Beschäftigungsmöglichkeiten als Alternative zur Beschäftigung in einer Werkstatt für behinderte Menschen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt ermöglicht und gesichert werden. Diese Vereinbarung hat für den Kreis den Vorteil, dass ihm während der ersten 36 Beschäftigungsmonate kein finanzieller Aufwand für Eingliederungszuschüsse entsteht. Landrat Stefan Dallinger bittet die Mitglieder des Ausschusses hiervon Kenntnis zu nehmen.

Schulsozialarbeit wird in 29 Kommunen im Rhein-Neckar-Kreis sowie an den beruflichen Schulen in der Trägerschaft des Kreises angeboten. Hierfür stehen 41,2 Vollzeitstellen zur Verfügung, 37,2 an den Schulen der Kreiskommunen und vier an den beruflichen Schulen. So die Kurzfassung des Berichts über den Ausbauzustand der Schulsozialarbeit im Rhein-Neckar-Kreis, den der Landrat den Kreisrätinnen und Kreisräten zur Kenntnis gibt. Im Rahmen des Vermittlungsverfahrens zur Neuberechnung der Regelsätze und Einführung des Bildungs- und Teilhabepaktes im SGB II und SGB XII haben sich Bund und Länder für eine befristete Finanzierung der Schulsozialarbeit entschieden. Der Sozialausschuss des Rhein-Neckar-Kreises hat sich bereits am 26. Juni für die unveränderte Fortführung der Förderleitlinien des Kreises ausgesprochen. Da eine Änderung der Beteiligungsquote für die Leistungen für Bildung und Teilhaben rückwirkend zum 1. Januar 2013 erwartet wird, geht Sozialdezernent Heinz Bönisch davon aus, dass Mitte 2013 über die befristete Finanzierung der Schulsozialarbeit wieder zu beraten ist. Darüber hinaus ist bis dahin geklärt, ob in die rückwirkende Revision auch das Jahr 2012 einbezogen wird, was möglicherweise zu Erstattungen an den Bund führen könnte. Fest steht, dass die Beteiligungsquote des Bundes von gegenwärtig 39,8 Prozent zum 1. Janu-

ar 2014 auf 37 Prozent abgesenkt wird. Landrat Dallinger bittet die Ausschussmitglieder sowohl vom Bericht über den Ausbauzustand der Schulsozialarbeit als auch über die Finanzierung Kenntnis zu nehmen.

Das Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis beteiligt sich in Kooperation mit dem Jobcenter Rhein-Neckar-Kreis an dem Landesprogramm „Gute und sichere Arbeit“ des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren in Baden-Württemberg. Mit dem Förderprogramm Sozialer Arbeitsmarkt/Passiv-Aktiv-Transfer soll hierbei Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanziert und damit langzeitarbeitslosen Menschen die Chance gegeben werden, wieder in den Arbeitsmarkt und damit in die Gesellschaft integriert zu werden. Die Förderung soll diejenigen Arbeitgeber unterstützen, die den Betroffenen eine sozialversicherungspflichtige Arbeit, vorrangig bei Arbeitgebern der Privatwirtschaft, ermöglichen. Sie setzt sich zusammen aus einem Zuschuss des Jobcenters zum Arbeitsentgelt in Höhe von bis zu 75 Prozent sowie einer monatlichen Förderprämie von 400 Euro durch den Landkreis. Daneben wird eine sozialpädagogische Begleitung durch das Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis sichergestellt. Das zuständige Sozialministerium hat hierzu dem Rhein-Neckar-Kreis ein Budget von bis zu 172.800 Euro zugeteilt. Auch in den Jahren 2013 und 2014 ist die Finanzierung dieses Projektes im Landeshaushalt gesichert. Landrat Dallinger bittet die Mitglieder des Ausschusses für Soziales vom Zuwendungsvertrag zwischen dem Land Baden-Württemberg – vertreten durch das zuständige Landesministerium - und dem Rhein-Neckar-Kreis Kenntnis zu nehmen.

Der Bund kündigte im Februar 2011 an, seine Beteiligung an den Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in drei Schritten von 15 Prozent im Jahr 2011 bis auf 100 Prozent der Nettoausgaben ab dem Jahr 2014 zu erhöhen. Dies bedeutet für den Rhein-Neckar-Kreis im Jahr 2011 eine Bundeserstattung von rund 2,3 Millionen Euro (15 Prozent) bei einem Aufwand des Rhein-Neckar-Kreis von 15,2 Millionen Euro, 2012 eine Erstattung von 6,7 Millionen Euro (45 Prozent) bei einem Aufwand von knapp 15 Millionen Euro. 2013 wird eine Erstattung von 15,2 Millionen Euro (75 Prozent) bei einem Aufwand von 20,2 Millionen Euro und 2014 eine volle Bundeserstattung von 21,7 Millionen Euro (100 Prozent) erwartet. Landrat Stefan Dallinger und Sozialdezernent Heinz Bönisch freuen sich über diese Entwicklung und bitten den Sozialausschuss vom voraussichtlichen Entlastungsvolumen beim Rhein-Neckar-Kreis Kenntnis zu nehmen.

Kreisrätin Julia Philippi 50 Jahre alt



Kaum zu glauben, Julia Philippi wird am 18. November 2 x 25 Jahr alt. Die Galeristin ist als Kreisrätin Mitglied der Kreiskulturkommission . Die CDU - Kreisrätinnen und Kreis beglückwünschen sie zu ihrem Geburtstag , wünschen ihr alles Gute und hoffen, dass sie als Kunstexpertin möglichst lange der Fraktion erhalten bleibt.

CDU Hirschberg

Einladung

Die Metropolregion Rhein-Neckar, im Schnittpunkt der drei Bundesländer Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz gelegen ist durch eine lange Tradition der Zusammenarbeit geprägt.

Die Aufstellung des Einheitlichen Regionalplanes Rhein-Neckar ist Kernaufgabe des Verbandes Region Rhein-Neckar und der wichtigste Punkt für die Zusammenarbeit in der Metropolregion. Er bildet die rechtliche Grundlage für die räumliche Entwicklung der Region insgesamt. Der aktuelle Regionalplanentwurf war in den letzten Monaten über das Internet, in Informationsveranstaltungen, in Gemeinde- und Stadträten für alle Bürgerinnen und Bürger zugänglich. Dazu gab es eine Vielzahl von Anregungen die zur Zeit ausgewertet werden.

Auch die Gemeinde Hirschberg hat den Plan beim Bürgertag und im Gemeinderat diskutiert und Anregungen gegeben.

Trotz seiner starken zeitlichen Inanspruchnahme ist es uns gelungen

Herrn Ralph Schlusche, Verbandsdirektor des Regionalverbandes Rhein-Neckar

Für einen Informationsabend am Donnerstag, den 29. November 2012 um 19.00 Uhr im Rathaus Hirschberg zu gewinnen.

Herr Verbandsdirektor Ralph Schlusche wird im Schwerpunkt die regionalplanerischen Ziele für unsere Gemeinde Hirschberg und die umliegenden Gemeinden erläutern, aber auch auf überregionale Schwerpunkte eingehen. Darunter Klimaschutz und nachhaltige Energiepolitik, Sicherung und Entwicklung der natürlichen Lebensgrundlagen, Zukunftsfähige Weiterentwicklung der Siedlungsentwicklung, Starker Wirtschaftsstandort, Attraktiver Wohn- und Freizeitstandort, Verbesserung der Verkehrs- und Kommunikationsstrukturen, Gestaltung des demografischen Wandels und Verwirklichung von Chancengerechtigkeit und vieles Mehr. Interessant, den es trifft auch die Gemeinde Hirschberg sind die Erneuerbaren Energien mit den Vorrang- und Ausschlussgebieten für die Windenergienutzung, Bau und Gewerbegebieten, Bildungsfragen und überörtlicher Verkehr.

Letztendlich wie sieht die Gemeinde Hirschberg in 15-20 Jahren aus?

Der CDU-Gemeindeverband lädt zu dieser hoch interessanten Informationsveranstaltung im Rathaus herzlich ein und wird zwischen den einzelnen Punkten Weine der Bergstraße vorstellen.

Es ergeht an alle Bürgerinnen und Bürger aus der Region herzliche Einladung.

CDU-Gemeindeverband Hirschberg